

# **LHS Stuttgart Konzessionsvergabeverfahren Strom und Gas**

**Vergabeentscheidung  
GRDrs 165/2014 vom 25.02.2014**

- Daten**
- Fakten**
- Hintergründe**

**Stand März 2014**



In einem bundesweit einmaligen Vorgang werden in Stuttgart im Jahr 2002 im neoliberalen Überschwang mit der Zustimmung aller Fraktionen des Gemeinderats (CDU, SPD, GRÜNE, FDP und Freie Wähler) alle Energie-Aktien verkauft mit einem vollständigen Ausverkauf der kommunalen Daseinsvorsorge (Wasser - Strom - Gas - Wärme) (GRDRs 15/2002).

Wie von Vielen seit langem befürchtet, war diese Entscheidung zu erwarten, nach dem Ausstieg der Alliander, spätestens seit dem Ausstieg der Thüga musste dieses Ergebnis allen klar sein.

Alle Entscheidungen wurden ohne eine öffentliche Diskussion über die energiepolitischen Fragen der Stadt getroffen. Eine inhaltliche Diskussion über die Energiezukunft der Stadt hat nicht stattgefunden, die Linie und die Entscheidungen wurden von den drei großen Gruppierungen im Rathaus vorgegeben.

Oberbürgermeister Fritz Kuhn trifft keine Schuld, er hat die Situation so übernommen, die Positionen waren bereits weitgehend festgelegt.

Auf welche Art und Weise wurde die Entscheidung vorbereitet?

Durch Argumente? oder Panikmache wie

"... Die Lichter gehen aus ..." oder "... Deindustrialisierung droht ..." <sup>1</sup>

"... Die Konzessionsabgabe ist gefährdet ..." <sup>2</sup>

"... Prozesse drohen ..." <sup>3</sup>

"... Entflechtungskosten in exorbitanter Höhe ..."

Die Millionenbeträge wurden immer kleiner und inzwischen weiß jeder, dass diese Kosten in die Netznutzungsentgelte eingehen und damit in 40 Jahren untergehen.

" ... Arbeitsplätze fallen weg ..." <sup>4</sup>

Tatsächlich? Bei wem? Entstehen nicht neue Arbeitsplätze? Und zwar mehr als bisher? Die vielen (outgesourcten) Arbeitnehmer in Fremdfirmen werden ignoriert. Warum? Fehlt ihnen die Lobby des Konzernbetriebsrats und der Gewerkschaft?

---

<sup>1</sup> So ein Kandidat im OB-Wahlkampf.

<sup>2</sup> So mehrfach die Stuttgarter Zeitung noch bis 24.02.2014, Seite 1.

<sup>3</sup> Stadtrat Kotz im Juli 2013 im Verwaltungsausschuss, obwohl das BKartA und das Landeskartellamt das Verfahren begleitet haben! Die Netze BW würde sich hüten! Sie weiß zu gut, dass sie selbst mitten im Glashaus sitzt!

<sup>4</sup> Stuttgarter Zeitung noch bis 24.02.2014.

Viele Wertungen sind nicht nachvollziehbar, sie hätten zumindest genauso gut oder mit noch besseren Gründen zu Gunsten der Stadtwerke Stuttgart getroffen werden können. Die Stadtwerke Stuttgart haben das Beste Angebot abgegeben, auch wenn die Aufsichtsräte<sup>5</sup> schweigen.

Der Gemeinderatsdrucksache vom 25.02.2014 (Vergabeentscheidung GR Drs 165/2014) mangelt es insbesondere an der fehlenden Darstellung der Ergebnisse der Bewertung der Angebote mit Hilfe des vom Gemeinderat festgelegten Punkte-Bewertungsrahmen (GR Drs 477/2012 mit Ergänzungen vom 19.07.2012). Diesen Mangel hat der Oberbürgermeister auch in seinem Sachvortrag vor der abschließenden Meinungsbildung jedes einzelnen Gemeinderats in der Beratung unmittelbar vor der Beschlussfassung nicht behoben.

Die Synopse der Bewertung muss den Bürgern wenigstens im Nachhinein zur Verfügung gestellt werden. Ebenso das umfangreiche Auswertegutachten der Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held. Die Bürger sollten doch nachvollziehen können, mit welchen Gründen hier entschieden wurde.

Der Konsortialvertrag muss vom Gemeinderat beschlossen werden. Existiert er schon? Wann wird er öffentlich?

Es ist guter Brauch in Stuttgart, dass alle Verträge mit einer städtischen Beteiligung öffentlich sind. Das ist gut so und so soll es auch bleiben.

Wann werden die Gesellschaftsverträge aller neu zu gründenden Gesellschaften öffentlich?

Der Oberbürgermeister hat am 13.09.2012 im Großen Sitzungssaal<sup>6</sup> auf die Frage eines Bürgers zugesichert, dass er alle Verträge vor der Unterschrift öffentlich macht. Er steht hier im Wort.

---

<sup>5</sup> Herr Erster Bürgermeister Michael Föll, Herr Bürgermeister Matthias Hahn, Herr Bürgermeister Dirk Thürnau, Frau Gabriele Munk, Frau Silvia Fischer, Herr Dr. Michael Kienzle, Frau Beate Bulle-Schmid, Herr Dr. Cornelius Kübler, Herr Fabian Mayer, Frau Monika Wüst, Herr Hans H. Pfeifer, Herr Konrad Zaiß, Herr Dr. Matthias Oechsner, Frau Ulrike Küstler.

<sup>6</sup> Forum Stadtwerke am 13.09.2012 im Großen Sitzungssaal: Die Rolle der Stadtwerke Stuttgart bei der Energiewende, Podiumsdiskussion mit den Oberbürgermeister-KandidatInnen

## **Einige Fragen und Anmerkungen zur Bewertung der Angebote**

### **zur Sicherheit des Netzbetriebs**

"... Kumulation der hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Netze BW als Teil des EnBW-Konzerns ..."

Wie konkret wurde die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Netze BW <sup>7</sup>, insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen Berichterstattung über die EnBW <sup>8, 9</sup>, belegt und wie wurde sie bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt?

Mit den Belastungen aus Konzernrisiken, Belastungen aus ländlichen Netzen?

"... Der erforderliche Finanzbedarf ist von Stadtwerken Stuttgart als Anteilseigner der Netze zu 74,9 % zu tragen, ..."

Es handelt sich um rentierliche Investitionen, mit einer guten Verzinsung.

Die "... eingespielten Prozesse ..." würden als Argument jeden Konzessionswechsel im Deutschland verhindern.

Die Arbeitnehmer, die im Netzbetrieb weiter arbeiten, gehen auf die neue Gesellschaft über und mit ihnen die „eingespielten Prozesse“.

"... durch die Beteiligung der Stadtwerke ist ein höheres Maß an Einflussmöglichkeiten auf die Qualität des Netzes gegeben ..."

Durch die Trennung des Netzgeschäfts in Eigentumsgesellschaft und Betriebsgesellschaft mit unterschiedlichen Mehrheiten wird es zu entgegengesetzten Unternehmenszielen kommen. Dies wird sich sicherlich nicht vorteilhaft auf die Sicherheit des Netzbetriebs auswirken.

Dieser durch das Konstrukt der Doppelgesellschaft eingebaute Konflikt wäre durch eine klare Mehrheit der Stadtwerke verhindert worden.

### **zur Preisgünstigkeit**

Dieses Kriterium wurde auf Anregung von Bürgern deutlich aufgewertet. Dadurch konnte die ursprüngliche Absicht eines großen Teils des Gemeinderates verhindert werden, auf einen eigenen Netzbetrieb für Stuttgart zu verzichten.

"... Die Netze BW (im Betreibermodell) liegt in der Auswertung auf dem ersten Platz, da sie zu den niedrigsten Netznutzungsentgelten führen soll.

Im Vergleich zum Gesamtnetz der Netze BW mit Stromnetzen in rd. 800 Gemeinden im Lande hat das Netz in Stuttgart eine besonders gute Struktur. Die Entflechtungskosten sind – wie inzwischen auch die größten Konzernfreunde einräumen - niedrig und ändern an dem positiven Effekt nichts. ..."

---

<sup>7</sup> EnBW REG Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Bruder beim Zukunftsforum der EnBW ODR AG (Schwäbischer Bote vom 09.09.2013).

<sup>8</sup> EnBW-Vorstandsvorsitzender Dr. Frank Mastiaux beim Neujahrsempfang der IHK-Bezirkskammer Rems-Murr (IHK-Magazin Wirtschaft 02.14, Seite 41).

<sup>9</sup> Süddeutsche Zeitung vom 10.03.2014 "Stecker raus", Seite 3.

Warum soll die Netze BW besser sein als die anderen Bewerber? Die Netze BW hat durch den privaten Tarif auf absehbare Zeit die höchsten Gehälter und die schlechtesten Arbeitsbedingungen für die vielen Fremdfirmen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Netze BW auf Dauer günstigere Netzentgelte als die Stadtwerke haben kann.

### **zur Verbraucherfreundlichkeit**

"... in der Gesamtschau ..." ist die Netze BW an erster Stelle, mit der Begründung, dass "... sehr konkret dargelegt ist, wie die im Ersten Verfahrensbrief beschriebenen Anforderungen an die Verbraucherfreundlichkeit erfüllt werden sollen. ..."

Hat man im Verfahren die Stadtwerke nicht um konkrete Darlegung gebeten? Auch diese Begründung ist nicht nachvollziehbar.

Die Stadtwerke Stuttgart können den Willen der Stuttgarter Netzkunden stärker berücksichtigen als der bisherige Altkonzessionär der Rücksichten auf die Interessen der Netzkunden in anderen Regionen nehmen muss.

### **zur Umweltverträglichkeit**

„... ergibt die Gesamtschau der Angebote ...“, dass die „... Netze BW bereits über ein vertieftes Know-how verfügt und konkrete Projekte umgesetzt hat ...“

Welcher Stuttgarter kennt diese Projekte? Eine „sehr freihändige“ Bewertung ohne realen Hintergrund.

"... die Bereitschaft, ihre Erfahrungen und ihr Know-how einzubringen ...", "... Urbanisierung der Energiewende ..." ein Programm für Stuttgart entwickelt ..."

Die letzten 10 Jahre sprechen für sich alleine... EnBW ist auf dem flachen Land aktiv. Sie hat keine Erfahrung in der umweltverträglichen Versorgung von Großstädten.

Das stadt eigene Unternehmen kann die Wertvorstellungen zum Schutz und Erhalt der Umweltqualität der Stadt besser berücksichtigen als ein Tochterunternehmen eines kapitalmarktorientierten Konzerns mit auswärtigen Aktionären.

### **zur Effizienz**

„... allenfalls geringe Effizienzverluste durch den Abstimmungsaufwand zwischen Netzeigentums- und Netzbetreibergesellschaft ...“

Die Stuttgarter Zeitung klärt am 03.03.2014 wie folgt auf: ... EnBW-Niederlassungsleiter und möglicher Geschäftsführer in spe Steffen Ringwald: "man" könne sich vorstellen: in allen Stadtbezirken die Bürger abfragen, ..... und eine Infrastrukturplanung entwickeln: Gab es die bisher nicht? So sehen Sieger aus.

Wer ist dieser "man"? die Netzeigentumsgesellschaft oder die Netzbetriebsgesellschaft? wer hat "das Sagen"? Der Konflikt ist vorprogrammiert. Der Gemeinderat nimmt das sehenden Auges in Kauf.

"... Stadtwerke haben ein überzeugendes Aufbaukonzept vorgelegt. ...", "... nachgewiesen, dass alle Leistungen ... von Dienstleistern bezogen werden können. ...."

## **zum Konzessionsvertrag**

Die Stadtwerke haben am besten abgeschnitten, die Netze BW hat Abschläge.

Trotzdem haben wir "mehr" zu sagen, so zumindest die Grünen, das ist auch nicht schwer, denn bisher hatten wir absolut nichts zu sagen und wir haben immerhin jetzt eine Endschaftsklausel wird eingeworfen, ja.

Aber verbindliche Zusagen von der Netze BW haben wir nur für das, was im "letzten verbindlichen Angebot" zugesagt worden ist und das soll laut OB vor den Bürgern verheimlicht werden. Mehr wird der Bieter Netze BW freiwillig kaum zusagen, sonst hätte er es im Verfahren bereits getan.

Einen Einfluss der Stadt gibt es nur auf die Eigentumsgesellschaft bei der Feststellung des Wirtschaftsplans. Die Aufstellung des Wirtschaftsplans wird aber wesentlich von der Netzbetriebsgesellschaft bestimmt, da diese nach dem Energiewirtschaftsgesetz für den Netzbetrieb verantwortlich ist. Der Einfluss der Stadt auf die Strom- und Gasnetze bleibt gering.

Im Konsortialvertrag werden die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Konzern und den Gesellschaften geregelt. Dieser Konsortialvertrag ist bisher geheim. Er kann die Interessengegensätze nicht aufheben, sondern nur Verfahren für die Abwicklung vorsehen.

## **Gibt es auch Erfolge?**

Ja. Ein separater Netzbetrieb Stuttgart mit niedrigeren Netznutzungsentgelten, die den Bürgern als Kunden zugute kommen.

Mehr war angesichts der „Stuttgarter Verhältnisse“, eine ganz große Koalition im Gemeinderat bis hin zu ver.di / EnBW) und der (selbst)verordneten Passivität bestimmter Umweltverbände sowie der Berichterstattung der lokalen Presse nicht erreichbar.

## **Die Nachteile für Stadt und Bürger:**

In Stuttgart wird weiterhin keine selbständige Energiewende stattfinden können – privates Kapital und private Interessen führen zu Blockaden.

Es entstehen enorme Kosten durch die Schaffung eines bürokratischen Monster im Doppelpack.

Es erfolgt weiterhin ein massiver Einfluss durch Landes- und Landrätepolitik auf die Stadt.

Fazit: Die Stadt hat auf Jahre hinaus nicht das SAGEN in Sachen Energiewende in Stuttgart. Es sind weiterhin Auseinandersetzungen mit dem mächtigen Energiekonzern des Landes und der Landräte erforderlich.

Die Versprechen der großen Parteien waren zu groß. Dies zeigt sich deutlich an den Ausführungen des mächtigen Konzerns zur Rückübertragung der Wasserversorgung: "... Die Stadt Stuttgart geht davon aus, einen Übernahmeanspruch (Anmerkung: auf die Wasserversorgung) zu haben, **ohne** diesen bisher **verbindlich** gegenüber der EnBW geltend gemacht zu haben. ..." <sup>10</sup>

Der Lagebericht ist vom Vorstand der EnBW unterschrieben und vom Aufsichtsrat (Minister Dr. Nils Schmid, Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs und andere) gebilligt.

Gibt es dazu eine Äußerung der Stadt, des Gemeinderats?

Wird die Stadt veranlassen, dass der Lagebericht korrigiert wird, wie schon einmal?

Hat das möglicherweise bilanzielle Konsequenzen für die EnBW?

Auch bei der Fernwärme setzen sich die für die Stadt gegenläufigen Interessen des künftigen Partners durch. Der Konzern beharrt auf seinem Anspruch, die Fernwärmeversorgung bis in alle Ewigkeit zu besitzen und zu betreiben.

In Stuttgart stellt sich 10 Jahre nach den neoliberalen Beschlüssen immer noch die Frage: Wem gehört die Stadt?

## **Was ist zu tun?**

Wie sollen wir die Energiewende in der Stadt trotz dieser Entscheidung voranbringen?

Jetzt endlich muss mit der energiepolitischen Diskussion für die Industriestadt Stuttgart begonnen werden. Der OB darf nicht einfach nach der Sommerpause ein Konzept (das der Netze BW?) vorlegen an dem der Gemeinderat und die Bürger nicht beteiligt wurden.

Ein Kunststück, angesichts der Tatsache, dass weder Verwaltung noch Fraktionen Mittel im Doppelhaushalt beantragt haben.

---

<sup>10</sup> Zusammengefasster Lagebericht 2013 der EnBW vom 07.03.2014, Seite 107.